



Stromzukunft Schweiz nach Fukushima

Arbeitspapier zur Positionierung der CVP Schweiz

Verabschiedet vom Parteipräsidium am 30. Mai 2011

Ausgangslage

Die Nuklearkatastrophe in Fukushima am 11. März 2011 hat auch die Schweizer Politik tief getroffen. Sie hat die Sensibilität der Schweizer Bevölkerung in Bezug auf die Kernenergie und deren Risiken stark erhöht.

Der Ausfall der Kühlsysteme im Kernkraftwerk Fukushima hat eine bisher so nicht voraussehbare Kettenreaktion ausgelöst und Japan an den Rand einer Super-GAU gebracht.

Angesichts dieser Ereignisse gilt es, die Energiepolitik aber im speziellen die Elektrizitätspolitik unseres Landes zu überdenken. Die CVP entwickelt ihre Energiepolitik, die auf Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet ist, weiter, wenn sie nach dem Ereignis in Japan die Nutzung der Kernenergie in der Schweiz unvoreingenommen neu überdenkt.

Letztmals anlässlich des Parteitages vom Januar dieses Jahres in Pratteln hat sich die CVP intensiv mit der Energiezukunft unseres Landes befasst und zwar in der Überzeugung, dass das Thema Energie und Schonung endlicher Ressourcen die Gesellschaft in Zukunft noch stärker beschäftigen wird. Mit der Resolution von Pratteln hat die CVP eine Neuausrichtung der Energiepolitik gefordert und folgende vier vorrangige Ziele definiert:¹

Energieeffizienz verbessern;

Erneuerbare Energien fördern;

Versorgungssicherheit gewährleisten;

Energieautonomie der Schweiz erhöhen – Erdölabhängigkeit reduzieren.

Die langfristigen Ziele der CVP im Bereich der Energiepolitik sollen unverändert weiter gelten.

Für die künftige Elektrizitätspolitik, als Ausschnitt der Energiepolitik, stellt sich hingegen nach Fukushima die Frage nach dem künftigen schweizerischen Strommix neu. Der Anspruch an eine risikoarme, technisch zuverlässige, nachhaltige und erschwingliche Stromerzeugung und –versorgung ist vor dem Hintergrund des Fukushima-Eindrucks neu zu beurteilen.

Konkret stellt sich wohl die Frage, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Auswirkungen auf Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit, öffentliche Abgaben

¹ Energiemanifest der CVP Schweiz „Energiepolitik der Schweiz - Erhöhung der Versorgungssicherheit, Verbesserung der Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien.“, Januar 2011

und Umwelt ein kurz-, mittel- oder langfristiger Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie angestrebt werden soll. Dafür ist eine sorgfältige Abwägung von konkurrierenden Interessen notwendig.

Als vordringlich und verlässliche Grundlage für definitive Entscheide, verlangt die CVP vom Bundesrat deshalb die Erarbeitung eines „Masterplans“, welcher nebst der Aktualisierung der Energie- und Stromperspektive aufzeigt, wie sich ein gestaffelter Ausstieg bis zum Jahre 2020, 2030 und 2040 auf die Versorgungssicherheit, die Strompreise, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sowie die Auslandsabhängigkeit auswirken würde und in welchem Umfang, mit welchen Massnahmen, Kosten und Auswirkungen auf die Klima- und Umweltziele sich die Nutzung der Kernenergie durch erneuerbaren Strom substituieren liesse.

Bezüglich der Stromangebotszenarien des Bundesrates² spricht für die CVP heute vieles für eine Stromangebotsvariante „2 plus“. Dies würde den Verzicht auf den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke am Ende ihrer Betriebszeit bedeuten. Zwischenzeitlich müssten die Anstrengungen zur Erhöhung der Stromeffizienz und zum der Ausbau erneuerbarer Energien durch geeignete und wirkungsvolle Massnahmen markant gesteigert werden. Dies bedingt ein Bündel an Massnahmen und ein Umdenken von Wirtschaft und Gesellschaft.

Kernenergie

So verfehlt es wäre, nach Fukushima einfach zur Tagesordnung über zu gehen und es beim heutigen Strommix bewenden zu lassen, so wenig verantwortungsvoll wäre es, mit dem Argument „0-Risiko“ und aus aktueller Betroffenheit sämtliche Kernkraftwerke unverzüglich vom Netz nehmen zu wollen, ohne die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit, den Wohlstand und die Auslandabhängigkeit zu kennen. Fraglos haben aber die Risiken der Nukleartechnologie und damit die Risikofähigkeit bzw. -bereitschaft nach den Ereignissen in Japan in der Interessenabwägung erheblich an Gewicht gewonnen. Zudem dürfte der Preisvorteil der Kernenergie in Zukunft schwinden.

² Der Bundesrat hat im März das UVEK mit der Erarbeitung neuer Energieszenarien und entsprechender Aktions- und Massnahmenpläne beauftragt. Schwerpunkt der Arbeiten bilden **drei Stromangebotszenarien**:

- Stromangebotsvariante 1: Weiterführung des bisherigen Strommixes mit allfälligem vorzeitigem Ersatz der ältesten 3 Kernkraftwerke im Sinne höchstmöglicher Sicherheit.
- Stromangebotsvariante 2: Kein Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke am Ende ihrer Betriebszeit.
- Stromangebotsvariante 3: Vorzeitiger Ausstieg aus der Kernenergie, bestehende Kernkraftwerke werden vor Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebszeit abgestellt.

Im Bereich der Kernenergie genießt die Sicherheit der Bevölkerung für die CVP oberste Priorität. Aufgrund ihres beträchtlichen Anteils an der schweizerischen Stromproduktion von gegen 40 %, der notwendigen Umstellungsdauer aber auch aus wirtschaftlichen Überlegungen lassen sich nicht alle Kernkraftwerke von einem Tag auf den andern einfach abschalten.

Energiepolitik ist generell auf Langfristigkeit ausgelegt. Kurzschlüsse können leicht zu unbedachten „Kollateralschäden“ führen. In diesem Sinne verstand die CVP die Nutzung der Nuklearenergie länger schon als eine Übergangstechnologie in ein Zeitalter erneuerbarer Energien. Inwieweit in weiter Zukunft allfällige technologische Entwicklungen und damit verbunden die Eliminierung von Risiken während des Betriebs und bezüglich der Entsorgung der Abfälle die Nutzung der Nuklearenergie wieder rechtfertigen können, soll von einer künftigen Generation wieder neu beurteilt werden können.

Die Forderungen der CVP:

1. Vordringlich bleibt die von unabhängiger Seite wiederkehrend zu beurteilende Sicherheit der im Betrieb stehenden Kernkraftwerke. Dort, wo risikorelevante Mängel vorhanden sind und sich diese beseitigen lassen, ist die Behebung und Nachrüstung unverzüglich anzuordnen und durchzusetzen. Als Gebot der Vorsorge sind die Sicherheitsüberprüfungen in ihrer zeitlichen Abfolge wie in der Überprüfungstiefe auszubauen. Wo relevante Sicherheitsmängel zum Vorschein kommen, sollen Kernkraftwerke bis zur Behebung auch unverzüglich vom Netz genommen werden können.

Die technische Sicherheit und die Risikoakzeptanz werden darüber entscheiden, ob die bestehenden Schweizer Kernkraftwerke weiterhin betrieben oder vorzeitig stillgelegt werden müssen. Die vorhandene technische Betriebssicherheit sowie die Risikosituation der jeweiligen Reaktoren, der Stilllegungsaufwand, der Beitrag zur inländischen Versorgung und die Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung sollen den Ablauf eines solchen gestaffelten Ausstiegs bestimmen. Die Sicherheitsüberprüfungen durch das ENSI sollten dabei zusätzlich von einer unabhängigen internationalen Behörde überprüft werden.

2. Die Stromversorgung der Schweiz soll langfristig v.a. durch inländische erneuerbare Elektrizitätsproduktion gewährleistet werden. Solange die Sicherheit gewährleistet und das Restrisiko akzeptiert ist, sollen bestehende Kernkraftwerke als Übergangstechnologie weiter am Netz bleiben dürfen. Nach heutigem Erkenntnisstand dürfte die Schweiz bis ca. 2034 aus der Kernkraft aussteigen. Mit diesem klaren Szenario, das Moratorien oder steuerliche,

unsichere Rahmenbedingungen vorzuziehen ist, lassen sich die Kräfte des Marktes zur Entwicklung und Verbreitung von Technologien und erneuerbaren Energien wecken.

3. Die Stilllegungsvoraussetzungen einschliesslich die Kosten der Stilllegung sind von den Betreibern der Kernkraftwerke zeitgerecht sicher zu stellen.
4. Die CVP empfiehlt den Gesuchstellern dringend, die drei eingereichten Rahmenbewilligungsgesuche für Ersatz-Kernkraftwerke zurückzuziehen. Bei einer allfälligen parlamentarischen Beratung würde die CVP diese drei Gesuche ablehnen.
5. Bezüglich der Netze, Übertragungs- wie Versorgungsnetze, sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass deren Leistungsfähigkeit bei verstärkter Einspeisung dezentral produzierten erneuerbaren Stroms –sowie im Hinblick auf die Inbetriebnahme der sich im Bau befindlichen Grosspumpspeicherwerke- aufrecht erhalten bzw. geschaffen wird. Der strategische Netzausbau und damit verbunden die Integration ins europäische Netz ist unverzüglich an die Hand zu nehmen, um Netzinstabilitäten zu vermeiden.

Stromverbrauch und Stromerzeugung

Nebst der Sicherheit der Stromerzeugung gehört die Vermeidung eines Versorgungsengpasses für die CVP zu den prioritären Anliegen der Elektrizitätspolitik.

Soll auf die Nutzung der Nuklearenergie langfristig verzichtet werden, muss die Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sukzessive und deutlich gesteigert und der Stromverbrauch eingedämmt werden. Die CVP fordert und unterstützt deshalb flankierende Massnahmen, die darauf hinwirken, den Anteil der erneuerbaren Energien sukzessive und erheblich zu steigern und die Energieeffizienz in allen Bereichen des Verbrauchs zu erhöhen und vorhandenes Einsparpotenzial zu nutzen. Zusätzlich müssen die Möglichkeiten für Importe gesichert werden.

Die Forderungen der CVP:

1. Die CVP verlangt vom Bundesrat die Ausarbeitung eines Katalogs von wirkungsvollen und rasch umsetzbaren Massnahmen zur Verbesserung der Stromeffizienz im Gebäudebereich, bei Geräten und im Verkehr (Geräteanforderungen, Beleuchtungen, Motoren etc). Prioritäres Ziel muss sein, den jährlichen Verbrauchszuwachs zu stoppen, mind. aber zu dämpfen. Energetische Mindestanforderungen für Beleuchtungskörper sowie elektrische und elektronische Geräte sollen festgelegt und stufenweise verschärft werden können.

Das Potenzial an Möglichkeiten ist auszuschöpfen, leicht zugänglich
Transparenz über den Stromverbrauch zu erhalten. Entsprechend sind die
technisch dafür benötigten Einrichtungen wie „smart metering“ oder „smart
grids“ weiter zu entwickeln und zu fördern.

Im Rahmen der für 2015 in Aussicht genommenen Revision des
Stromversorgungsgesetzes (StromVG) sind zusätzliche Anreize zur Förderung
der Stromeffizienz und erneuerbaren Stroms bezüglich der Stromproduktion,
der Übertragung, der Versorgung und des Verbrauch (Tarife) zu schaffen. Den
Besonderheiten stromintensiver Unternehmungen ist zu Gunsten der
Wettbewerbsfähigkeit und der Erhaltung von Arbeitsplätzen insb. bei den
Tarifen Beachtung zu schenken.

Zumindest skeptisch, weil zu ambitiös, muss hingegen gewissen Erwartungen
und Forderungen begegnet werden, welche bis 2025 die Elektrifizierung der
Mobilität anstreben.

2. Die CVP unterstützt die Erhöhung der zweckgebundenen Mittel für das
schweizerische Gebäudeprogramm auf 300 Mio. Fr. jährlich. Davon sollen
nebst der Gebäudehülle verstärkt auch im Gebäude selber die Umrüstung auf
effiziente Haustechnik, die erneuerbaren Energien sowie Betriebs-
optimierungen profitieren.
3. Die CVP unterstützt Massnahmen wie die Erhöhung der Mittel für die
Einspeisevergütung, evt. auch zusätzlich finanziert über einen befristeten
Stromrappen, um die erneuerbare Stromproduktion zu fördern. Der Anteil
erneuerbarer Energien soll sukzessive markant ansteigen. Dafür müssen
gegebenenfalls auch Einschränkungen im Umwelt-, Ortsbild- und
Landschaftsschutz in Kauf genommen werden. Zusätzliches Potential für
erneuerbaren Strom liegt nach Auffassung der CVP vor allem im Ausbau der

dezentralen Stromerzeugung aus Erdwärme, Biomasse, Abwasser und Trinkwasser, Photovoltaik und Wind.

Die CVP verlangt, dass die Bewilligungsverfahren dafür, was die formellen Anforderungen betrifft, massiv verkürzt werden. Bei der Anwendung von materiellem Recht sind die rechtsanwendenden Behörden anzuhalten, in der Interessenabwägung dem Anspruch auf eine zuverlässige Stromversorgung höheres Gewicht beizumessen.

4. Ein Ausbau der Gross-Wasserkraft ist vor allem dort anzustreben, wo mittels Erweiterungen und betrieblichen Optimierungen der energiewirtschaftliche Nutzen gesteigert werden kann. Zu denken ist hierbei an die Fassung zusätzlicher Gewässer, den Bau von Kopfspeichern, die Erhöhung der Schluckfähigkeit oder das Schliessen einer bestehenden Nutzungslücke.

Eine zentrale Rolle für die Stromversorgung der Zukunft spielen die im Bau befindlichen und geplanten Gross-Pumpspeicherkraftwerke als flexibel abrufbare „Batterien“ und ökologische Partner der neuen erneuerbaren Energien.

5. Als Übergangslösung, um einen Versorgungsengpass zu vermeiden, wird sich die CVP nicht gegen die dezentrale Erstellung von WKK und Gas-Kombi-Kraftwerken stellen. Die CVP verlangt indes, dass dabei der CO₂ Ausstoss - unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugung - grundsätzlich kompensiert werden muss. Zusätzlich soll durch Forschung der Anteil CO₂ reduziert werden.
6. Der Bund soll ein solides Stromabkommen und den Beitritt zum Energy Trading System (ETS) mit der Europäischen Union abschliessen, sofern die Einbindung in ein europäisches Stromsystem der schweizerischen Stromversorgung nützt.
7. Die CVP unterstützt einen markanten Ausbau der Forschung im Bereich Energie und die Förderung von clean energy-Technologien. Nebst der Grundlagenforschung soll vor allem im Bereich der angewandten Forschung der Energiebereich gefördert werden. Dabei soll die Wirtschaft mit Demo- und Pilotanlagen eng beigezogen werden. Nur so entsteht Innovation und Arbeitsplätze.